

Die afrikanische Zivilgesellschaft, angeführt von NGOs, Gewerkschaften und Kirchenvertretern, protestierte in den letzten Monaten massiv gegen die EPAs. Sogar Industriellenverbände wehren sich mittlerweile gegen die Freihandelsabkommen. (Foto: ASTM)



EU-Kommission Konzessionen abzurufen. Die wiederum verharrte stur auf ihrem Standpunkt. Die Weigerung der Entwicklungsländer, auf den Kurs der Europäer einzuschwenken, wurde nicht mit Zugeständnissen beantwortet, sondern mit weiterem Druck.

Mittlerweile rief die Auseinandersetzung immer mehr Kritiker auf den Plan. Die Zivilgesellschaft in Europa und in Afrika begann sich zu mobilisieren. Das Europaparlament gab einen Bericht ab, der die Verhandlungsführung der Kommission desavouierte, die Afrikakommission der Vereinten Nationen, namhafte wissenschaftliche Institute, Kirchenvertreter und Gewerkschaften schlossen sich an. Ein Bericht des französischen Parlaments nannte das Projekt gar neokolonialistisch. Statt jedoch einen politischen Weg aus der sich anbahnenden Krise zu suchen, drehte Handelskommissar Mandelson die Schraube weiter an.

Im Sommer 2007 erklärt er, dass die EU angesichts der auslaufenden WTO-Ausnahmeregelung gezwungen sei, ab dem 1. Januar 2008 wieder Einfuhrzölle auf AKP-Importe einzusetzen. Mit dieser Ankündigung hat der den Bogen endgültig überspannt: Nicht nur wäre es das erste Mal in der Geschichte der EU-Kommission, dass sie Handelspräferenzen gegenüber Entwicklungsländern zurücknimmt. Vielmehr bedeutete dies eine wirtschaftliche Katastrophe für die betroffenen Staaten.

Ein Land wie Namibia, dessen Wirtschaft vom Export von minera-

lischen Rohstoffen und Rindfleisch in die EU abhängt, droht Millionenverluste und Tausende Arbeitsplätze wären in Gefahr. Schätzungen zufolge müsste das Land in diesem Fall jährlich viermal mehr in die EU-Kasse zahlen, als es von dort an Entwicklungsgeldern erhält - es sei denn, es unterschreibt das Freihandelsabkommen eben doch.

### **Mittlerweile ruft die Auseinandersetzung immer mehr Kritiker auf den Plan. Ein Bericht des französischen Parlaments nannte das Projekt gar neokolonialistisch.**

Eine unverhohlene Drohung also, die überdies auf einer Unwahrheit beruht: Das Stichdatum zum Jahreswechsel zwingt die EU-Kommission keineswegs zu einem solchen Schritt. Handelspolitische Alternativen dazu sind unbestreitbar vorhanden. Passend dazu kündigte die Kommission an, Entwicklungsgelder des European Development Fund zugunsten einer Anpassungshilfe für die Freihandelsabkommen umzuschichten. Damit würden indirekt jene Staaten finanziell belohnt, die bereit sind, ein Economic Partnership Agreement einzugehen.

Doch so abhängig von der EU die AKP-Staaten auch sein mögen: Die schiere Masse an ausstehenden Fra-

gen macht es unmöglich, bis Ende 2007 eine Einigung zu erreichen, denn die konkreten textbasierten Gespräche begannen erst im Juni 2007. Ähnliche Verhandlungen haben gezeigt, dass ab diesem Zeitpunkt noch mindestens zwei Jahre vonnöten gewesen wären, um eine Einigung zu erzielen. Einzige Möglichkeit, den Stichtag einzuhalten: die AKP-Staaten müssten die Vorschläge der EU-Kommission ohne wenn und aber akzeptieren - und genau darauf zielte die Strategie von Zuckerbrot und Peitsche ab.

Dennoch, die AKP-Verhandlungsführer wollten die Kröte nicht schlucken. Die Verbalattacken häuften sich, der Ton zwischen den einstigen Partnern wurde abermals rauer. Eine Region nach der anderen scherte aus der vorgegebenen Spur aus. Mitte Oktober musste die EU-Kommission dann das Unvermeidliche eingestehen: es wird vor dem Stichdatum keine sechs Economic Partnership Agreements geben. Derzeit verhandeln nur noch zwei Regionen weiter über ein EPA, die restlichen Länder sind über die weitere Vorgangsweise uneinig und tief gespalten. Es herrscht Unsicherheit, was nach dem 31. Dezember 2007 passieren wird.

Allerdings wäre es falsch, der EU-Kommission die alleinige Verantwortung an der derzeitigen Situation zu geben. Die Mitgliedsländer der Union stärkten ihr über Jahre hinweg demonstrativ den Rücken, ohne sich genauer für deren Verhandlungsführung zu interessieren. Der luxemburgische Kooperationsminister Schiltz

lobte noch im April vor dem Luxemburger Parlament die Strategie Mandelsons als Höhepunkt intelligenter Entwicklungspolitik. Der Europäische Rat muss sich zudem den Vorwurf gefallen lassen, die außenpolitische Sprengkraft dieser Verhandlungen unterschätzt zu haben. Denn auch wenn sich in Europa niemand um die Vorgehensweise Mandelsons kümmert: in den Entwicklungs- und Schwellenländern schaut man umso genauer hin.

Ob die EU als Hauptakteurin in der internationalen Kooperationspolitik nun noch glaubhaft ist, wird sich zeigen. Und auch, wie die Länder Zentralamerikas und des Andenpaktes, die am Beginn nahezu identischer Verhandlungen stehen, auf dieses Verhalten reagieren. Die Behauptung der EU, die derzeitige WTO-Runde zum Wohle der Länder des Südens gestalten zu wollen, wurde auf diese Weise jedenfalls nicht mit Taten belegt. Im Gegenteil: Schon fordern AKP-Botschafter, Afrika solle sich von Europa abwenden und statt dessen an Indien, China und Russland orientieren.

Marc Keup ist verantwortlich für die politische Bildungsarbeit der Action Solidarité Tiers Monde (ASTM) und Koordinator des „Brennpunkt Drött Welt“.